

Regierungszwist um Steuersenkung



KURIER
Leserbriefe

REDAKTIONELLE LEITUNG
CHRISTIAN BARTOS

Hoher Reformdruck lastet auf der Regierung: Wir zahlen z. B. um 30 Prozent mehr für die Verwaltung als die übrigen Europäer.

„Wieder versemzelt“

Politiker haben die Aufgabe „über den Tellerrand zu blicken“, nur Entscheidungen zu treffen die finanziell vertretbar sind und sich nicht von populistischen Forderungen nach Steuererleichterung unter Druck setzen zu lassen, oder gar nachzugeben. So weit die grundsätzlich richtige Sicht der Dinge des Herrn Finanzminister und seiner ÖVP. Dass wir Österreicher jedoch bereits seit langen Jahren einer unerträglich hohen Steuerbelastung durch kalte Progression ausgesetzt sind und eine Korrektur eine überfällige politische Notwendigkeit darstellt, dafür benötigt es „politisches Gespür“. Auch wenn sich die ÖVP und der Herr Finanzminister jetzt spät, aber doch zu bewegen beginnen, sie haben es bereits wieder einmal versemzelt!

Dipl.-Päd. Günther Kraftschik
per eMail

Richtungswechsel

Im Parlament stimmen Faymanns Genossen gegen (!) eine Steuerreform und jetzt gaukelt uns Faymann eine Forderung nach einer Steuerreform vor. Glaubt Faymann denn wirklich, die Österreicherinnen und Österreicher



Die Wüd'n auf ihra Maschin'! – von Michael Pammesberger

sind so blöd? Faymanns Agieren ist jedenfalls an Frechheit und Populismus nicht mehr zu überbieten. Wann befreien wir uns endlich von diesem schwächsten Kanzler der Zweiten Republik?

Mag. Armin Fitzka
5020 Salzburg

Auf Spendensuche

Mit seinem Steuerverweigerungsbrief an die Reichen hat sich Finanzminister Spindelegger ein Armutszugnis ausgestellt. Denn während die große Mehrheit der Bevölkerung ungefragt über Lohn- und Mehrwertsteuer den Staatshaushalt sanieren müssen, sollen sich die Wohlhabenden via Spenden aussuchen können, was sie gütigerweise unterstützen wollen. Spindelegger hätte einen guten Buchhalter von Kunstmäzenen in der Renaissance-Zeit abgegeben, als Finanzminister einer Republik ist er aber eine Fehlbesetzung.

Dr. Heinz Högelberger
1190 Wien

Schnorrbrief

Statt einer sozial gerechten Steuerreform mit Vermö-

genssteuern gibt es ein Schnorrerbrief des noch amtierenden Finanzministers an einige Reiche: Bis jetzt glaubte ich an einen Scherz. Dem soll aber nicht so sein. Wie lange schaut da eigentlich die SPÖ noch zu?

Herbert Würschl
9020 Klagenfurt

Hohe Steuerquote

Die Steuerbelastung in Österreich ist ein Wahnsinn! Fast die Hälfte des Bruttobezuges geht an den Fiskus. Dazu kommen aber noch hohen Gebühren und Abgaben. So sind die laufenden Autokosten in Deutschland um 50 Prozent niedriger, und auch der deutsche Warenkorb (üblicher Haushaltsbedarf) ist, wie man immer wieder lesen kann, wesentlich günstiger. Wir haben also extrem wenig netto im Börsel und können mit dem, was uns bleibt, weniger kaufen als Konsumenten in anderen europäischen Ländern, die ebenfalls eine ähnlich hohe Steuerquote haben. Logisch, dass die Schwarzarbeit blüht. Und trotz der ho-

hen Steuern kracht das Land an allen Ecken und Enden.

Albrecht Rietsch
1020 Wien

Kapitalerträge

Die Diskussion um eine Steuersenkung polarisiert zwischen „sofort und massiv“ bis „frühestens 2016, aber moderat“.

In dieser Phase unterschiedlichster Positionen zur Gegenfinanzierung schlägt Nationalbankpräsident Claus Raidl vernünftigerweise eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer um 5 Prozentpunkte auf 30 Prozent vor. Wenn man das mit einem großzügigen persönlichen Freibetrag für kleine Sparer und den Mittelstand verbindet, hätte man eine Art Besteuerung großer Vermögenszuwächse. Selbst wenn diese Maßnahme für die Finanzierung einer Reform, die diese Bezeichnung verdienen würde, nicht ganz ausreicht, wäre es ein wesentlicher Beitrag und ein Schritt in die richtige Richtung.

Mag. Martin Behrens
1230 Wien

Gastkommentar

VIVIANE REDING



Wir sind hier nicht im Wilden Westen

Auch ein Gigant mit einer weitgehenden Monopolstellung darf nicht alles. Spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen Google Mitte Mai steht fest: In der EU wiegen die Persönlichkeitsrechte der Bürger schwerer als das Wissen des Suchmaschinenbetreibers. Der Konzern hat angekündigt, sich nun an EU-Recht halten zu wollen. Es wurde höchste Zeit.

Das Urteil zwingt Google dazu, auf berechtigten Antrag von EU-Bürgern Teile von Suchergebnissen aus den Trefferlisten vollständig und dauerhaft zu löschen. Jeder, der als nicht-öffentliche Person durch die Präsentation von Suchergebnissen seine Privatsphäre verletzt sieht, kann unter bestimmten Bedingungen verlangen, dass Google diese Informationen nicht mehr anzeigt. Das heißt nicht, dass diese Daten vollends aus dem Internet gelöscht sind.

Das Gericht pocht zu Recht auf ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Profilbildenden Aufbereitung persönlicher Daten durch ein globales Unternehmen und der freien Meinungsäußerung, die durch das Urteil nicht berührt wird. Das Recht auf Meinungsfreiheit ist und bleibt in der EU unantastbar.

Aber wir müssen auch andere Grundrechte schützen. Laut Umfragen will allein jeder zweite Deutsche Daten aus dem Gedächtnis von Internetfirmen entfernen lassen. Auf Google könnte in Europa also viel Arbeit zukommen. Prompt wird jenseits des Atlantiks eine „Überregulierung“ in Europa beklagt.

Das ist verfehlt. Die Kritiker in den USA sollten sich das Urteil des EuGH genau ansehen. Es bestätigt nicht nur das Datenschutzgesetz von 1995, sondern auch die modernisierte Datenschutzgrundverordnung, die die EU-Kommission Anfang 2012 vorgelegt hat. Diese besagt: Konzerne, die in unserem Binnenmarkt Geschäfte machen wollen, haben sich an EU-Gesetze zu halten. Das gilt für alle Unternehmen.

Was andernfalls passieren kann, spüren einige US-Firmen bereits: Das Vertrauen der Verbraucher schwindet, und damit Umsatz. Um Kunden zu halten, müssen Unternehmen beweisen, dass sie die Gesetze achten und ihre Daten – wichtiges Kapital – schützen.

Sinneswandel

Anders, als es die Aufregung um das Urteil vermuten lässt, ist diese Botschaft bei den meisten Konzernen längst angekommen. Immer mehr US-Unternehmen errichten elektronische Datenspeicher, die sogenannte Cloud, auf europäischem Boden. Datenschutz in Europa wird zum Verkaufsargument.

Statt Millionen in Lobbyarbeit gegen europäische Gesetze zu stecken, könnten amerikanischen Firmen ihre Gewinne viel effektiver steigern, indem sie ihre Geschäftsmodelle an europäischen Datenschutz anpassen. Damit hätten sie die nötige Rechtssicherheit und müssten keine kostspieligen Klagen fürchten. Jeder sollte wissen: Die EU wird nicht hinter ihre Standards zurückfallen, wenn es um den Schutz der Freiheitsrechte ihrer Bürger geht. Darauf können wir in Europa stolz sein.

Viviane Reding ist Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft.



KURIER LIEBE LESERINNEN UND LESER! IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG. SCHREIBEN SIE AN DEN KURIER. Anschrift: KURIER Muthgasse 28, A-1190 Wien oder per eMail an leser@kurier.at oder besuchen Sie unsere Homepage www.kurier.at: Registrierte Benutzer können auf KURIER.at aktuelle Berichte kommentieren und teilen. Hinweis: Ihre Zuschriften können sowohl in der Zeitung als auch online veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Das sag ich dem KURIER

Fiebern Sie der Fußball-WM entgegen? Nutzen Sie Public Viewing?



Helmut Haller, Wien: „Ich werde auf jeden Fall viele Matches schauen. Jedes Spiel geht sich natürlich nicht aus, man hat ja auch noch andere Dinge zu erledigen. Aber die WM ist immer eine schöne Sache, wenn man mit Freunden schaut. Weil Österreich ja leider nicht dabei ist, werde ich zu den Underdogs halten. Belgien finde ich gut. Für das französische Team würde ich mich auch freuen.“



Wilhelm Fehrer, Innsbruck: „Als ehemaliger Schiedsrichter bin ich sehr an Fußball interessiert und freue mich auf die WM. Es ist immer interessant, welche Nation die besten Spieler hat. Die meisten Matches werde ich mir daheim anschauen, da es sich nicht anders ausgeht. Aber eigentlich mag ich Public Viewing. Wenn man mit vielen schaut, fühlt es sich wie auf einem Fußballplatz an.“



Simona Siegl, Wien: „Ich bin zwar kein großer Fußballfan, aber an der WM kommt man ja nicht vorbei. Ich werde mir also sicher einige Spiele mit meinem Vater anschauen. Das ist immer nett, mit der Familie zusammensitzen und gemeinsam mitzufiebern. Wer gewinnt, ist mir eigentlich egal, aber ich werde auf jeden Fall zu der Mannschaft halten, die Deutschland besiegt.“



Zsuzsa Vencz, Wien: „Ich freue mich zwar nicht so wahnsinnig auf die WM, aber mein Mann und ich gehen eigentlich immer gern zum Public Viewing. Es ist lustig und man trifft Freunde. Ich komme ursprünglich aus Ungarn und lebe in Wien. Das heißt, beide Mannschaften, zu denen ich halten würde, spielen gar nicht mit. Aber England ist mir sympathisch, also würde ich ihnen den Titel gönnen.“



Artur Wiener, Salzburg: „Nein, ich bin kein Fußballfan. Aber auch wenn, würde ich nicht zum Public Viewing gehen. Da verdient die FIFA fleißig mit. Ich finde es unmoralisch, für Großveranstaltungen wie die Fußball-WM, oder auch Olympia in Sotschi, Milliarden auszugeben und Stadien als Prestigeobjekte zu bauen. Das Geld würde ich mir für die Armutsbekämpfung wünschen.“



Florian L., Wien: „Bei der Fußball-WM geht es mir weniger um die Spiele, als um das Feiern. Darum gehe ich immer gerne in Bars oder Cafés, um mit Freunden zu schauen. Große Veranstaltungen meide ich eher. Man muss ständig schauen, dass einen nicht ein Taschendieb erwischt. Das macht keinen Spaß. Ich hoffe, dass England dieses Jahr die WM gewinnen wird.“